



Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

76. Sitzung des Innenausschusses

20. Juni 2012, 10:03 bis 13:11 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender Abg. Horst Klee (CDU)

CDU

Abg. Alexander Bauer

Abg. Holger Bellino

Abg. Peter Beuth

Abg. Christian Heinz

Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)

Abg. Helmut Peuser

SPD

Abg. Nancy Faeser

Abg. Dieter Franz

Abg. Lisa Gnadl

Abg. Günter Rudolph

FDP

Abg. Wolfgang Greilich

Abg. Stefan Müller (Heidenrod)

Abg. Helmut von Zech

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Ellen Enslin

Abg. Jürgen Frömmrich

Abg. Daniel Mack

DIE LINKE

Abg. Hermann Schaus

Fraktionsassistent/in:

FraktAss	Dr. Walter Fishedick	(Fraktion der CDU)
FraktAss	Ralf Sturm	(Fraktion der SPD)
FraktAss	Sönke Greimann	(Fraktion der FDP)
FraktAss	Rolf Krämer	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAss	Adrian Gabriel	(Fraktion DIE LINKE)

Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Boris Rhein	M	HMdIUS
Andreas v. Gall	VPis	HAU
Tom. J. Klinker	CPVP	HandIS
Jürgen DIEHL	JaP	- u -
Sommer, Marion	RD'in	u
Fricker, Felix	alpen	u
Weidmann-Nauer, S.	RD	HMdVL
Dobelman, Jutta	MRin	HMdIS
Hefner, Günter	Rechtsing	"
Welp, Rahela	ROR'in	HMdIS
Schmäg, Wilfried	MR	HMdIS
Desch, Roland	T	CHVH
Dyke, Kerstin	MR	HMdIS
Dr. Wagner, Rolf	Just	HMdIS

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Frerichs-Zucker	MR'in	HMdLS
Dr. Fünfsinn, Helmut	MDgt.	HMdJ, I+E
Beinlich, Thomas	StA	"
Dr. Braum, Katja	PR	StK
Müller, Karin	Utd. MRin	HMdLS
Helf-Lampert, Auke	Leen	HMdLS

Protokollierung: RDirin Heike Thaumüller

Inhaltsverzeichnis:**Punkt 1 bis 7:**

– siehe nicht öffentlicher Teil –

Punkt 8:

Dringlicher Berichtsantrag
des Abg. Schaus (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Bericht in der
Wochenzeitschrift „Der Freitag“ mit Titel „Was wusste Andreas T.“
vom 1. Juni 2012 über NSU-Morde und mögliche Verwicklungen
eines hessischen Verfassungsschutzmitarbeiters sowie Vorwürfe
der Staatsanwaltschaft Kassel gegenüber dem hessischen Innen-
ministerium und Verfassungsschutz

– Drucks. [18/5810](#) –

S. 5

Punkt 9 bis 12:

– siehe nicht öffentlicher Teil –

Der Innenausschuss kommt einvernehmlich überein, den Tagesordnungspunkt 8 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Punkt 8:

Dringlicher Berichts Antrag
des Abg. Schaus (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Bericht in der
Wochenzeitschrift „Der Freitag“ mit Titel „Was wusste Andreas T.“
vom 1. Juni 2012 über NSU-Morde und mögliche Verwicklungen
eines hessischen Verfassungsschutzmitarbeiters sowie Vorwürfe
der Staatsanwaltschaft Kassel gegenüber dem hessischen Innen-
ministerium und Verfassungsschutz
– Drucks. [18/5810](#) –

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie dem Antrag, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu behandeln, zugestimmt haben. Wir finden das als Fraktion wichtig, nachdem in der Wochenzeitschrift „Der Freitag“ neue Vorwürfe im Zusammenhang mit der Rolle des ehemaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Andreas T., bei dem Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel aufgetaucht sind. Diese Zusammenhänge werfen ein neues Licht auf die Ermittlungen und die Ermittlungsarbeit und insbesondere auch auf die Zusammenarbeit zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz auf der einen Seite und der Polizei als auch der Polizeibehörden in Hessen im Zusammenhang mit den Ermittlungen des BKA.

In diesem sehr umfangreichen Bericht sind eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die offensichtlich aus einem Bericht der ermittelnden Polizeibehörde in Kassel an das Bundeskriminalamt resultieren. Wir denken, dass es wichtig ist, dass diese Fragen, die jetzt alle in der Öffentlichkeit sind, auch hier ausführlich erörtert werden, nachdem wir bereits eine ausführliche Erörterung auf der Grundlage zweier Berichtsanträge am 29.11.2011 im Innenausschuss hatten.

Insbesondere geht es dabei um die Frage, inwieweit die Kontakte des ehemaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn T., in ein rechtes Umfeld bestanden oder im Zusammenhang mit dem Mord in Kassel eine besondere Rolle spielen. Es geht auch um die Frage, inwieweit weitere V-Leute des Landesamtes für Verfassungsschutz involviert sind. Es geht uns insbesondere auch um Aufklärung, welche Rolle das Landesamt für Verfassungsschutz bei der Aufklärung seinerzeit als auch heute spielt. Das ist die Grundlage unseres Berichtsantrags. Wir sind auf die Antworten von Ihnen, Herr Minister, sehr gespannt.

Abg. **Nancy Faeser:** Ich habe eine Zusatzfrage, weil der Bericht in der Wochenzeitschrift „Der Freitag“ in der Tat relativ aufsehenerregend war. Herr Minister, es ist insbesondere auf einen Bericht der Kasseler Staatsanwaltschaft Bezug genommen worden, die an den Generalbundesanwalt geschickt wurde. Das ist in der Zeitschrift „Der Freitag“ als Quelle angegeben. Ich berichte nur das, was in der Zeitung steht. Ich habe die Zusatzfrage, ob es richtig ist, dass es einen solchen Bericht der Staatsanwaltschaft Kassel gibt.

Minister **Boris Rhein**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will gleich mit der Frage von Frau Faeser beginnen. Ich kann diese Frage nicht beantworten. Aber Herr Dr. Fünfsinn aus dem Justizministerium ist anwesend. Vielleicht kann er es beantworten. Ich würde vorschlagen, dass wir es im Anschluss an den Dringlichen Berichtsantrag machen. Aus meiner Kenntnis kann ich dazu jedenfalls nichts sagen.

Der Dringliche Berichtsantrag, den die Fraktion DIE LINKE gestellt hat, greift – Herr Schaus hat es selbst gesagt – in wirklich sehr weiten Teilen die Fragestellungen auf, die bereits der Dringliche Berichtsantrag von der SPD und der Dringliche Berichtsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im November aufgegriffen haben. Ich habe dazu ausführlich in der 62. Sitzung des Innenausschusses am 29. November 2011 berichtet. Ich hatte dazu schon damals einige wenige Vorbemerkungen gemacht, die meines Erachtens auch hier in den Sachzusammenhang ganz zwingend hineingehören. Sie finden die entsprechenden Bemerkungen auf S. 7 des Protokolls der Innenausschusssitzung vom 29. November 2011.

Ich will aber schon darauf hinweisen, dass ich Ihnen am 29. November 2011 darüber hinaus zu dem Dringlichen Berichtsantrag der GRÜNEN, Drucks. 18/4803, noch folgende Ergänzungen dargestellt hatte. Das finden Sie im Übrigen auf S. 17 und 18 des Protokolls der Innenausschusssitzung vom 29. November 2011. Ich will es zitieren:

Der Generalbundesanwalt hat am 11.11.2011 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, und zwar gegen Beate Zschäpe wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Sinne des Strafgesetzbuches, konkret wegen der Ermordung von acht türkischen und einem griechischen Staatsangehörigen sowie der Ermordung der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter und anderen und natürlich auch wegen der Gründung der Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund, NSU. Mit den Ermittlungen wurde das Bundeskriminalamt beauftragt.

Nachdem der Generalbundesanwalt in diesem Zusammenhang unter anderem auch das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Kassel – das ist der Mord zum Nachteil von Herrn Yozgat – übernommen hat, ist auch dieses Delikt Bestandteil seines, also des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts.

Das Tötungsdelikt vom 6. April 2006 zum Nachteil von Halit Yozgat in Kassel ist im Übrigen auch weiterhin Bestandteil dieses Ermittlungsverfahrens, also Bestandteil eines Ermittlungsverfahrens beim Generalbundesanwalt. Soweit in Hessen seit dem 11. November 2011 Ermittlungen in diesem Verfahren durchgeführt werden, erfolgen diese für das laufende Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts durch das BKA in eigener Zuständigkeit, auf Ersuchen des Bundeskriminalamts mit Unterstützung auch hessischer Kräfte oder durch hessische Kräfte im Auftrag direkt des Generalbundesanwalts.

Auskünfte – das wissen Sie – zum laufenden Verfahren sind grundsätzlich dem Generalbundesanwalt vorbehalten. Einzelne Ergebnisse aus den laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts oder aus den Ermittlungen des Bundeskriminalamts auf den Wegen, die ich eben dargestellt habe, bzw. aus den Beweiserhebungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses, die publik werden, sind von uns nicht abschließend bewertbar und auch nicht abschließend zu bewerten. Eine Beurteilung der polizeilichen Ermittlungen aufgrund öffentlich publizierter Einzelergebnisse der Ermittlungen bzw. der Beweiserhebungen wären zudem höchst und im Übrigen auch zwangsläufig spekulativ. Die Landesregierung wird sich daher nicht daran beteiligen. Ich hielte es auch für einen großen Schaden, sich in einem laufenden Ermittlungsverfahren an all diesen Spekulationen, die hier stattfinden, und Informationen, die sich am Ende als Halbinformationen,

Halbwahrheiten oder gar nicht Wahrheiten herausstellen, zu beteiligen. Wir werden deswegen lediglich zu Sachverhalten Auskunft erteilen, die in der ausschließlichen Zuständigkeit des Landes Hessen liegen.

Ich bin sehr dankbar für die Unterstützung durch das Justizministerium. Bei den einzelnen Fragen werde ich es noch deutlich machen: Wir werden die Fragen gemeinsam beantworten. Wie gesagt, ich bin sehr dankbar, dass Herr Dr. Fünfsinn, der zuständige Abteilungsleiter aus dem Justizministerium heute anwesend ist.

Um die Ermittlungen des Generalbundesanwalts nicht zu gefährden, sind die nachfolgenden Antworten, die ich Ihnen gebe, minutiös und 1 : 1 mit dem Generalbundesanwalt abgestimmt. Es tut mir leid, ich sage das auch dieses Mal; wir haben es auch schon beim letzten Mal gesagt: Ich kann weitergehende Auskünfte nicht geben. Wenn Sie ergänzende Fragen haben, schauen wir, ob wir sie beantworten können. Wir müssen schauen, ob das Herr Dr. Fünfsinn aus dem Justizministerium oder wir in eigener Zuständigkeit beantworten können. Wenn es Nachfragen gibt, die wir nicht beantworten können, müssten Sie sie uns wieder schriftlich geben. Dann müssten wir sie wiederum in dem üblichen Verfahren mit dem Generalbundesanwalt abstimmen. Ich bitte um Verständnis, dass wir hier wirklich auf Nummer sicher gehen.

Zu dem Dringlichen Berichtsantrag will ich wie folgt Stellung nehmen. Herr Vorsitzender, wenn ich fragen darf: Wie halten wir es mit den Fragen? Soll ich sie alle vorlesen?

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, ich möchte gerne, dass wir so verfahren wie in der Sitzung am 29.11., dass die Fragen mit vorgelesen werden und dann die Antworten gegeben werden. Ich stelle mich gerne zur Verfügung, die Fragen vorzulesen.

Vorsitzender: Es wäre ein vereinfachtes Verfahren, die Fragen nicht vorzulesen. Aber wenn Sie darauf bestehen, dann machen wir es so.

Minister **Boris Rhein:** Wir empfinden uns als Dienstleister. Deswegen lese ich für die Landesregierung auch gern die Fragen vor.

Frage 1: Trifft es zu, dass der damals dringend tatverdächtige Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, Andreas T., dem im Zuge der Ermittlungen eine radikale rechte Gesinnung zumindest in der Jugendzeit nachgewiesen werden konnte, einen V-Mann im Raum Kassel mit Verbindungen zur Blood & Honour Szene geführt hat?

Wenn ja,

- a) wie haben die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") diese Verbindungen bewertet und gab es dabei unterschiedliche Bewertungen,*
- b) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder, BKA bzw. der zentral ermittelnden BAO Bosphorus) wurde dies mitgeteilt,*
- c) wie lange wurde dieser V-Mann von Andreas T. und wie lange wurde er vom Landesamt insgesamt als V-Mann geführt?*

Ich kann antworten: Nein, das trifft nicht zu. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kassel bestand gegen den damals Beschuldigten T. kein dringender Tatverdacht. Es trifft zu, dass Herr T. einen V-Mann im Bereich des Rechtsextremismus geführt hat. Der V-Mann war jedoch nicht im Bereich „Blood & Honour“ eingesetzt. Diese Organisation

wurde bereits im September 2000 durch den Bundesminister des Innern verboten. Der V-Mann wurde – das habe ich in der Sitzung am 29. November 2011 hier auch vorgetragen – im Zeitraum 2003 bis 2006 geführt.

Im Übrigen verweise ich auf die Antworten auf den Dringlichen Berichtsantrag der SPD in der Sitzung des Innenausschusses vom 29. November 2011. Es sind ganz konkret die Antworten auf die Fragen 12 und 13 b). Das finden Sie auf den Seiten 12 und 13 des Protokolls der Sitzung des Innenausschusses vom 29.11.2011.

Ich will Ihnen aber sehr gerne noch einmal den relevanten Teil der Antwort auf die Frage 12 vortragen. Hier heißt es – ich zitiere –:

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Zuständigen insbesondere im Rahmen seiner rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten unterstützt. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei hatten Kenntnis darüber, dass der Mitarbeiter Quellen führt, und zwar schwerpunktmäßig im Informationsbereich Islamismus sowie darüber hinaus eine Quelle aus dem rechtsextremen Bereich.

Ich will auch noch einmal die Antwort auf die Frage 13 in Erinnerung rufen:

Nach der Aktenlage hat der betroffene Beamte in der Zeit von Herbst 2003 bis April 2006 eine Quelle aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus geführt.

Die polizeilichen Ermittlungen haben keinen darüber hinausgehenden Erkenntnisstand ergeben.

Frage 2: Trifft es zu, dass Andreas T., der beim Mord in Kassel scheinbar im Nebenraum anwesend war, mit dem von ihm geführten V-Mann sowohl unmittelbar vor als auch unmittelbar nach dem Mord telefoniert hat?

Wenn ja,

a) wann und wie haben die mit dem Fall befassten Behörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") hierüber Kenntnis erhalten?

Die Antwort dazu lautet: Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wurden in der Tat Telefonverbindungen bekannt, die die Annahme von zwei Telefonaten zwischen der – ich sage das in Anführungszeichen – rechten Quelle und dem Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz vor dem Tötungsdelikt am 06.04.2006 stützen. Erkenntnisse über ein weiteres Telefonat der vorgenannten Personen am 06.04.2006 nach dem Tötungsdelikt haben sich im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen nicht ergeben.

Am Tag des Tötungsdelikts, also am 06.04.2006, um 13:06 Uhr, ging auf dem Mobiltelefon des Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn T., ein Anruf einer teil-anonymisierten Rufnummer ein, die in den Fragmenten dem Festnetzanschluss der Quelle GP 389 entsprach. Die Verbindung hat 17 Sekunden gedauert. Diese Verbindung wurde bereits 2006 im Rahmen der Auswertung der Verkehrsdaten des von Herrn T. genutzten Mobiltelefons durch die MK Café ermittelt.

Ebenfalls an diesem Tag, also am 06.04.2006, um 16:10 Uhr, fand eine Verbindung von einem Festnetzanschluss des LfV, und zwar der Außenstelle Kassel, zum Mobilfunkanschluss der Quelle GP 389 statt. Diese Verbindung hat 688 Sekunden gedauert. Diese Verbindung wurde erst im November 2011 bei einer erneuten Überprüfung der Funkzel-

lendaten durch die Mordkommission Café festgestellt. Wer die Anschlüsse tatsächlich nutzte, ist aus den Daten nicht ersichtlich.

Zur Frage der Kenntnisnahme der mit dem Fall befassten Behörden können Sie sehr gerne meine Antworten vom 29. November 2011 im Innenausschuss nachlesen. Sie finden die Antwort auf den Seiten 14 und 16 des Protokolls.

Wenn ja,

b) wie haben die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") diese Kontakte bewertet und gab es dabei unterschiedliche Bewertungen?

Aus Sicht des Verfassungsschutzes handelte es sich bei den hier angesprochenen Telefonkontakten um reguläre Kontakte zwischen dem V-Mann-Führer einerseits und dem von ihm geführten V-Mann, der Quelle, andererseits. Solche Telefonkontakte sind üblich. Ein inhaltlicher Tatzusammenhang konnte nicht festgestellt werden. Ich will sehr deutlich sagen: Es ist grundsätzlich nicht die Aufgabe des Innenministeriums, Spuren in einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren zu bewerten. So wurde auch im Landespolizeipräsidium für das Innenministerium keine eigene Bewertung der Spuren vorgenommen. Das oblag der für die Ermittlungsführung verantwortlichen Mordkommission Café im zuständigen Polizeipräsidium Nordhessen.

Nach Bewertung der Staatsanwaltschaft und dieser Mordkommission Café begründeten aber die Kontakte keinen konkreten Tatverdacht.

Wenn ja,

c) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder, BKA bzw. der zentral ermittelnden BAO Bosphorus) wurde dies mitgeteilt?

Auch diese Frage habe ich Ihnen in der Innenausschusssitzung am 29. November 2011 beantwortet. Es ist auf der S. 15 des Protokolls nachzulesen.

Frage 3: Trifft es zu, dass Andreas T. in seinem Terminkalender weitere Telefonate mit dem von ihm geführten V-Mann eingetragen hat, welche an zwei weiteren Mordtagen des NSU stattgefunden haben sollen?

Eine Auswertung der Kalendereintragungen von Herrn T. durch die Mordkommission Café im Jahr 2006 zeigte Eintragungen auf, nach deren Bewertung diese am 09.06.2005 – das ist die Tat Nr. 6, eine der Taten, die in Nürnberg stattgefunden hat – sowie am 15.06.2005 – die sogenannte Tat Nr. 7, die sich in München zugetragen hat – die Quelle GP 389 angerufen hatte.

Wenn ja,

a) wann und wie haben die mit dem Fall befassten Behörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") hierüber Kenntnis erhalten?

Am 21.04.2006 wurde auf Anordnung des Amtsgerichts Kassel die Wohnung von Herrn T. durchsucht. Dabei konnte unter anderem dessen Terminkalender sichergestellt werden. In der nachfolgenden Vernehmung von Herrn T. gab dieser an, dass er aufgrund der Eintragungen davon ausginge, tatsächlich mit dem V-Mann telefoniert zu haben.

Wenn ja,

b) wie haben die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") diese Kontakte bewertet und gab es dabei unterschiedliche Bewertungen?

Hierzu verweise ich auf meine Antwort zu Frage 2 b).

Wenn ja,

c) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder, BKA bzw. der zentral ermittelnden BAO Bosporus) wurde dies mitgeteilt?

Für die Feststellungen der Mordkommission Café zu den Eintragungen im Kalender von Herrn T. gelten die Ausführungen, die ich eben zur Beantwortung der Frage 2 c) vorgenommen habe, nachzulesen auf S. 15 des Protokolls der Innenausschusssitzung vom 29. November 2011.

Frage 4: Trifft es zu, dass das Innenministerium einer polizeilichen Vernehmung besagten V-Mannes sowie eines weiteren keine Genehmigung erteilt, sondern auf einer Vernehmung durch das Landesamt für Verfassungsschutz bestanden hat?

Wenn ja,

a) mit welcher Begründung,

b) gab es über diese Entscheidung zwischen den ermittelnden Hessischen Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") unterschiedliche Bewertungen,

c) wie hat das Innenministerium mögliche Interessenskonflikte im Landesamt bewertet, die aufgrund des Verdächtigen gegen eigene Mitarbeiter und V-Männer objektiv denkbar wären, und wie wurde durch das Innenministerium eine objektive Bewertung einer Befragung durch das Landesamt sichergestellt?

Die Mordkommission Café und die Staatsanwaltschaft Kassel sahen es als erforderlich an, die von Herrn T. geführten Quellen im Rahmen des anhängigen Ermittlungsverfahrens polizeilich zu vernehmen. Das Landesamt für Verfassungsschutz wurde von der Staatsanwaltschaft Kassel um die Preisgabe der Quellen ersucht.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die sehr ausführlich gemachten Antworten zu den Fragen 10 und 12 des Dringlichen Berichtsanspruchs der Fraktion der SPD in der Sitzung des Innenausschusses vom 29. November 2011. Da es sehr ausführlich ist und ich es Ihnen nicht vorlesen möchte: Sie finden es auf den S. 11 und 12 des Protokolls.

Frage 5: Wurden Andreas T. und der genannte V-Mann zu weiteren Verbindungen zueinander und zu weiteren Verbindungen ins militant-faschistische Blood & Honour Milieu befragt?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja,

a) wann und durch wen,

b) worin bestanden diese Verbindungen (z.B. Häufigkeit von Telefonaten, Emails, Chats, Treffen, Berichte oder Verbindungen zu weiteren Personen),

c) wann und wie haben die mit dem Fall befassten Behörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") hierüber Kenntnis erhalten,

d) wie haben die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") diese Verbindungen bewertet und gab es dabei unterschiedliche Bewertungen,

e) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder, BKA bzw. der zentral ermittelnden BAO Bosphorus) wurde dies mitgeteilt?

Der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herr T., wurde nach seiner vorläufigen Festnahme, die am 21.04.2006 stattgefunden hat, mehrfach durch Beamte der Mordkommission vernommen. Bei diesen Vernehmungen gab er an, dass er im Rahmen seiner Tätigkeit als Quellenführer regelmäßig telefonischen und auch persönlichen Kontakt zu einem V-Mann, GP 389, aus der rechten Szene hatte. Verbindungen zu der „Blood & Honour“-Szene wurden dabei nicht bekannt.

Im Übrigen verweise ich auf all das, was ich bereits zu den Fragen 1 bis 4 gesagt habe.

Frage 6: Ab wann war den ermittelnden Behörden in Hessen die OFA-Analyse der BAO Bosphorus bekannt, nach der es sich beim Täter der Mordserie um einen Einzeltäter mit Bezügen zum rechtsextremen Spektrum handeln könnte?

Am 12. Juni 2006 wurde die sogenannte Einzeltätertheorie durch Fallanalytiker des Bayerischen Landeskriminalamtes der MK Café vorgestellt. Die Hypothese ging davon aus, dass ein oder mehrere Täter möglicherweise sogar beruflich bundesweit unterwegs sind und bei sich bietender Gelegenheit ihre Zufallsoffer töten.

a) Wie wurde diese OFA-Analyse von den hessischen Ermittlern bewertet?

Im Laufe der Ermittlungen des MK Café erhärtete sich schnell die erste Bewertung, nach welcher die Ermittlungen zur Person des Opfers keine Hinweise auf ein Mordmotiv ergeben würden. Da auch die Ermittlungen bezüglich des Opfers in Dortmund ins Leere liefen, verstärkte sich der Verdacht einer willkürlichen Opferauswahl. Dieser wurde durch die Vorstellung des Fallanalytikers des Bayerischen Landeskriminalamtes bestätigt.

b) Wurde die neue Tätertheorie von hessischer Seite zum Anlass genommen, die Hintergründe von Andreas T. eingehend mit der BAO Bosphorus zu besprechen?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, wann und durch wen?

Sämtliche Ermittlungskomplexe innerhalb der Mordkommission Café wurden fortlaufend in einem gemeinsamen Datenbanksystem aktualisiert und das weitere Vorgehen in einem Ermittlungsverbund mit der besonderen Aufbauorganisation Bosphorus und den anderen beteiligten Mordkommissionen in regelmäßigen Abständen erörtert und abgesprochen. Das trifft auch auf die Ergebnisse der operativen Fallanalyse und auch auf die Ermittlungen in Bezug auf den Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz zu.

Frage 7: Wurden vonseiten des Innenministeriums oder der ermittelnden Behörden mögliche weitere Verbindungen zwischen Mitarbeitern des hessischen Verfassungsschutzes ins militant-faschistische Milieu und deren Charakter überprüft?

Wenn nein, warum nicht,

Wenn ja,

a) wann und durch wen?

b) worin bestanden diese Verbindungen und welchen Charakter hatten diese (z.B. weitere V-Leute, weitere Verfassungsschutzmitarbeiter mit rechtsradikalem Hintergrund),

- c) wann und wie haben die mit dem Fall befassten Behörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") hierüber Kenntnis erhalten,*
- d) wie haben die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") diese Verbindungen bewertet und gab es dabei unterschiedliche Bewertungen,*
- e) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder, BKA bzw. der zentral ermittelnden BAO Bosporus) wurde dies mitgeteilt?*

Für das Landesamt für Verfassungsschutz wird die Frage zu – ich zitiere – „möglichen weiteren Verbindungen zwischen Mitarbeitern des Hessischen Verfassungsschutzes ins militant-faschistische Milieu und deren Charakter“ – Zitat Ende – verneint, weil es dafür keine Anhaltspunkte gab. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes werden umfassend sicherheitsüberprüft. Das muss ich in diesem Ausschuss nicht gesondert berichten. Das wissen Sie. Dabei wird insbesondere darauf geachtet, dass keine Bezüge zu extremistischen Bestrebungen vorliegen.

Im Übrigen verweise ich im Hinblick auf die mit der Frage unterstellten Verbindungen von Herrn T. ins militant-faschistische Milieu auf meine Ausführungen insbesondere zu den Fragen 5 c), 7 und 11 sowie auf die bereits unter Frage 4 vorgetragenen Zitate zu Frage 12 des Dringlichen Berichtsanspruchs der SPD in der Sitzung des Innenausschusses vom 29. November 2011, auf den Seiten 44, 10 und 12 des Protokolls wiederzufinden.

Durch die Mordkommission Café wurden im Rahmen der Ermittlungen keine Kontakte von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz in ein militant-faschistisches Milieu, wie es in der Fragestellung heißt, festgestellt.

Frage 8: Trifft es zu, dass entsprechend dem oben zitierten Bericht der Staatsanwaltschaft Kassel bei Abschluss des Ermittlungsverfahrens gegen Andreas T. in 2007 Restzweifel an dessen Rolle bei den NSU-Morden bestehen blieben?

Wenn ja,

- a) worin bestanden diese Restzweifel,*
- b) wie haben die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") diese Restzweifel bewertet und gab es dabei unterschiedliche Bewertungen,*
- c) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder, BKA bzw. der zentral ermittelnden BAO Bosporus) wurde dies mitgeteilt?*

Ich will das im Einvernehmen mit dem Hessischen Justizministerium beantworten. Insofern kann ich sagen: Die Staatsanwaltschaft Kassel hat das Ermittlungsverfahren gegen den ehemals Beschuldigten Andreas T. mit Verfügung vom 18. Januar 2007 mangels hinreichenden Tatverdachts gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Ausweislich der Einstellungsverfügung konnten bis auf die Tatsache, dass sich der Beschuldigte zumindest unmittelbar vor der Tat am Tatort aufgehalten und sich danach nicht als Zeuge zur Verfügung gestellt hatte, keine weiteren Indizien oder Beweise für eine Beteiligung an der Tat gewonnen werden. Insbesondere hatte sich weder ein Motiv noch ein Bezug zu den anderen Taten der Mordserie ergeben, für die der Beschuldigte zum Teil ein Alibi besaß. Die Ermittlungen wurden infolgedessen in der Folgezeit gegen Unbekannt fortgeführt.

Wegen der bundesländerübergreifenden Dimension der Mordserie war bei der bayerischen Polizei die BAO Bosporus und beim BKA die Ermittlungsgruppe Ceska installiert worden, über die der polizeiliche Informationsaustausch zu allen Taten und damit auch zu der Kasseler Tat erfolgte.

Die BAO Bosphorus hat nach Einstellung der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Kassel eine womögliche Beteiligung des ehemals Beschuldigten Andreas T. nochmals überprüft. Die Staatsanwaltschaft Kassel hat insoweit berichtet, dass die Arbeitsgruppe der BAO zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der ehemals Beschuldigte Andreas T. und sein persönliches Umfeld – jetzt zitiere ich aus dem Bericht – „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ohne Ausschluss geringer Restzweifel nicht an einer oder mehreren der Serie zuzuordnenden Tötungsdelikte beteiligt war.“ Anlass für eine Wiederaufnahme des zu diesem Zeitpunkt eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen Andreas T. wurden von der BAO Bosphorus nicht gesehen.

Frage 9: Teilt der Innenminister die Auffassung aus oben zitiertem Bericht der Staatsanwaltschaft Kassel, wonach sich bei unmittelbaren Kontakten zwischen Andreas T. und besagtem V-Mann an mehreren Mordtagen diese Restzweifel verstärken?

Auch diese Frage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Justizministerium. Wie eben in der Antwort auf Frage 8 ausgeführt, hat die Staatsanwaltschaft in ihrem Bericht die Wertung der BAO Bosphorus wiedergegeben, die nach nochmaliger Überprüfung der Ermittlungen gegen Andreas T. festgestellt hatte, dass dieser mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht an den Taten der Mordserie beteiligt war. Bekanntlich wurden die Ermittlungen inzwischen vom Generalbundesanwalt übernommen. Insoweit ist allein der Generalbundesanwalt zu einer Prüfung berufen, ob frühere oder mittlerweile gewonnene Erkenntnisse über die Mordserie Anlass zu weiteren Ermittlungen geben. Da es sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren handelt, können solche Fragen auch nicht öffentlich diskutiert werden. Im Übrigen gibt der Hessische Innenminister aus Respekt vor der Institution und dem Amt des Generalbundesanwalts keine Stellungnahme dazu ab, wie der Generalbundesanwalt seine Ermittlungen führen soll. Ich füge persönlich hinzu: Mir fehlt dazu auch die Kompetenz.

Frage 10: Sind die Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Innenministerium und Mordkommission "Café") der Frage nachgegangen, warum ausgerechnet nach dem Mord in Kassel die jahrelange Mordserie gegen Ausländer ein abruptes Ende fand, und wurden die unmittelbare Nähe eines Verfassungsschützers sowie dessen Kontakte ins radikal-militante Nazi-Milieu in den Überlegungen der Ermittler in einen Zusammenhang gestellt?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja,

a) wann und durch wen und mit welchem Ergebnis,

b) welchen weiteren ermittelnden Stellen (z.B. andere Länder und BKA) wurde dies mitgeteilt?

Zwischen den einzelnen Taten der Mordserie im Zeitraum vom 9. September 2000 bis zum 6. April 2006 gab es im Übrigen unterschiedlich lange Unterbrechungen. Die reichen von wenigen Tagen bis hin zu zweieinhalb Jahren. Hypothesen für die Unterbrechungen und für das Ende der Serie waren unter anderem eine mögliche Inhaftierung, eine Erkrankung oder sogar der Tod des oder der Täter und auch ein Defekt der Tatwaffe. Es gab entsprechende Ermittlungen, um diese Hypothesen zu untermauern bzw. zu bewerten. Es gab dazu im Übrigen auch Auswertungen von Massendaten, nämlich von Haftdaten; es gab die Auswertung von Erkenntnissen der Waffenbehörden. All das ist von der BAO Bosphorus koordiniert worden.

Darüber hinaus sind im Übrigen auch organisatorische Vorkehrungen getroffen worden, um auf eine erneute Tat entsprechend reagieren zu können. Ein Zusammenhang, wie er mit der Frage suggeriert wird, zwischen der Anwesenheit des Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz am Tatort in Kassel sowie von diesem geführten Quellen

zu den Tötungsdelikten der Mordserie hat sich aus den damaligen Ermittlungen nicht ergeben.

Frage 11: Sofern die Hauptpunkte 1 und 2 zutreffen, wurde knapp ein Jahr lang gegen einen dringend Tatverdächtigen Verfassungsschützer ermittelt, dem eine zumindest frühere radikale rechte Gesinnung, eine hohe Affinität zu Waffen, eine unmittelbare räumliche Nähe zu einem NSU-Mord sowie unmittelbare Kontakte zu einem V-Mann der militant-radikalen Blood & Honour Szene sowohl vor als auch nach dem Mord nachgewiesen werden konnte.

Ich habe das bereits bei der Antwort zu Frage 1 und 2 ausgeführt: Die Behauptung, die Sie in der Frage aufstellen, trifft nicht zu. Ein dringender Tatverdacht gegen Herrn T., der unter Umständen den Erlass eines Untersuchungshaftbefehls nach sich gezogen hätte, wurde vonseiten der Staatsanwaltschaft zu keiner Zeit begründet. Das Ermittlungsverfahren gegen den damals Beschuldigten T. wegen Tötung zum Nachteil von Halit Yozgat wurde am 18. Januar 2007 durch die Staatsanwaltschaft Kassel gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Die Tatsache, dass der Beschuldigte eine Quelle aus dem rechtsradikalen Bereich führte, war nach den polizeilichen Erkenntnissen der einzige aktuelle Bezug in diese Szene.

Im Übrigen verweise ich auch hier auf meine Ausführungen zu den Fragen 1 und 2 des Dringlichen Berichtsanspruchs der SPD aus der Sitzung des Innenausschusses vom 29. November 2011 auf S. 8 des Protokolls. Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen das hier auch noch einmal zitieren.

a) Teilt der Innenminister die Auffassung des Antragstellers, dass man insofern von einer Spur ins rechte Milieu sprechen könnte?

Nach bisherigem Kenntnisstand kann von einer Spur ins rechte Milieu, wie Sie das in der Frage bezeichnen, nicht gesprochen werden.

b) Teilt der Innenminister die Auffassung des Antragstellers, dass im Verlauf eines knappen Jahres Ermittlungsarbeit in Hessen die weiteren in Deutschland ermittelnden Stellen über diese Spur hätten informiert werden können, sollen und müssen?

Auch hier verweise ich auf meine Antwort zu Frage 11 a). Es kann von einer solchen Spur nicht gesprochen werden.

c) Teilt der Innenminister die Auffassung des Antragstellers, dass ein Bericht des Ministers im Innenausschuss hierüber Diskussionen über die Seriosität von Verfassungsschutzmitarbeitern, deren geführten Quellen und möglichen Verbindungen der rechten Szene zur Mordserie verursacht hätte?

Ich will hier sehr klar noch einmal hervorheben, dass die Staatsanwaltschaft Kassel das Ermittlungsverfahren gegen den ehemals Beschuldigten Andreas T. mit der Verfügung vom 18. Januar 2007 mangels hinreichenden Tatverdachts gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt hat. Ausweislich der Einstellungsverfügung konnten bis auf die Tatsache, dass sich der Beschuldigte zumindest unmittelbar vor der Tat am Tatort aufgehalten hat und sich danach nicht als Zeuge zur Verfügung gestellt hatte, keine weiteren Indizien oder Beweise für eine Beteiligung an der Tat gewonnen werden. Insbesondere hatte sich weder ein Motiv noch ein Bezug zu den anderen Taten der Mordserie ergeben, für die der Beschuldigte zum Teil ein Alibi besaß. Insoweit ergeben sich keine Gründe aus der Anwesenheit am Tatort, eine Diskussion, wie in der Fragestellung skizziert, zu beginnen.

- d) *Warum haben weder der Innenminister noch sein Vorgänger jemals selbst eine Initiative ergriffen, den Innenausschuss entsprechend zu informieren?*

Ich kann Ihnen zu dieser Frage im Übrigen nur noch einmal meine Ausführungen insbesondere zu der damaligen Frage 27 des Dringlichen Berichtsantrags der SPD in der Sitzung des Innenausschusses vom 29. November 2011 wiederholen. Sie finden das auf S. 18 und 19 des Protokolls. Ich will hier nur einen Teil daraus zitieren. Alles andere können Sie nachlesen. Ich zitiere:

Die Ermittlungen zu dem Verfahrenskomplex des Mitarbeiters des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Andreas T., wurden am 21.11.2011, also zehn Tage später, vom Generalbundesanwalt ebenfalls dem BKA übertragen. Daraufhin wurden die diesbezüglichen Ermittlungsakten vom PP Nordhessen dem Bundeskriminalamt ausgehändigt.

Insoweit liegt für Hessen jetzt, im Augenblick, weder eine polizeiliche noch eine justizielle Zuständigkeit vor. Auskünfte zum laufenden Verfahren hat sich – wie das in diesen Fällen üblich ist – der Generalbundesanwalt vorbehalten.

- Frage 12: Kann der Innenminister Auskunft darüber geben, warum das Landesamt für Verfassungsschutz als ihm unterstellte Behörde dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages Auskünfte bzgl. der NSU-Morde verweigert hat?*

Die stellvertretende Leiterin des Landesamtes für Verfassungsschutz hat dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages in der nicht öffentlichen Sondersitzung, die am 21. November 2011 stattgefunden hat, ausführlich auf seine Fragen geantwortet. Seitens des Landesamtes für Verfassungsschutz wurden dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages im Übrigen keinerlei Auskünfte verweigert.

- Frage 13: Kann der Innenminister Auskunft darüber geben, warum das Landesamt für Verfassungsschutz als ihm unterstellte Behörde dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages bzgl. der NSU-Morde noch keine einzige Akte zur Verfügung gestellt hat und wann dies erfolgen soll?*

Dem vom Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages gewünschten Verfahren der Aktenvorlage über die jeweiligen Staats- und Senatskanzleien entsprechend wurden die Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz zu den es betreffenden Beweisbeschlüssen Hessen 1 und 3 über die Hessische Staatskanzlei bereits unter dem 26. April 2012 sowie dem 31. Mai 2012 vorgelegt. Zu dem am 31. Mai 2012 über die Hessische Staatskanzlei übermittelten Beweisbeschluss Hessen 4 dauert die Sichtung der Akten derzeit noch an. Aber auch hier wird die Vorlage der Akten so rasch wie möglich erfolgen.

- Frage 14: Kann der Innenminister Informationen des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages bzgl. der NSU-Morde bestätigen, wonach sich seinerzeit insbesondere Hessen gegen eine Übernahme der Ermittlungen durch das BKA gewendet hat?*

Wenn ja, warum?

Wenn nein, wie hat sich der Innenminister in der 180. Sitzung der Innenministerkonferenz am 29. April 2006 in Bezug auf eine Verfahrensübernahme des BKA positioniert?

Ich habe auch dazu schon einmal vorgetragen. Aber aus Respekt vor dem Parlament tue ich das gerne noch einmal. Ich habe dazu in der letzten Sitzung des Innenausschusses

ses am 16. Mai 2012 sehr ausführlich berichtet. Da das Wortprotokoll noch nicht vorliegt, kann ich es Ihnen nicht vorlesen und kann Ihnen nicht die Seite nennen, wo Sie es nachlesen können. Daher will ich es noch einmal berichten.

Die einzelnen Tötungsdelikte der Mordserie zum Nachteil der türkischstämmigen Kleingewerbetreibenden wurden zu nachfolgenden Zeiten an den folgenden Orten begangen. – Die Details erspare ich Ihnen, weil Sie sie kennen.

Die neun Tötungsdelikte wurden alle unter Verwendung derselben Tatwaffe verübt. Wer die Opfer waren, wissen Sie auch.

Die Ermittlungen zu den fünf Tötungsdelikten in Bayern wurden im April 2006 zentral – auch das wissen Sie – durch die BAO Bosphorus geführt. Die Leitung der BAO Bosphorus hatte das PP Mittelfranken in Nürnberg. Die übrigen Delikte wurden in eigener Zuständigkeit durch die jeweiligen Länderpolizeien bearbeitet. So war es auch in Hessen.

Die Ermittlungsführung wurde in enger Kooperation durch die Länder mit Unterstützung und unter Beteiligung des BKA durchgeführt. Die BAO Bosphorus wertete zentral alle angefallenen Daten der übrigen Fälle aus der Serie mit aus und betrieb auch die operative Fallanalyse. Darüber haben wir heute auch schon gesprochen.

Über die gemeinsam genutzte bayerische Datenverarbeitungslandesanwendung – das ist eine Ermittlungs- und Auswertesoftware – sowie weitere Kooperationsregelungen waren der Erkenntnisaustausch und der Spurenabgleich, auch mit dem Polizeipräsidium Nordhessen, gewährleistet.

Das BKA hatte im Juli 2004 eine eigene Ermittlungsgruppe eingerichtet. Das ist die sogenannte EG Ceska, die im Auftrag der Staatsanwaltschaft in Fürth Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung führte. Praktisch konzentrierten sich die Ermittlungen des BKA auf die Suche nach tatrelevanten Geldtransaktionen und später die Herkunft der Tatwaffe, also dieser Ceska. Die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung funktionierten, so wird berichtet, reibungslos.

Am 19.04.2006 – das ist nach der neunten Tat in Kassel – erklärte das BKA auf einer Arbeitsbesprechung der sachbearbeitenden Dienststellen, dass man erwäge, den Bundesinnenminister zu einer Übernahme des Gesamtverfahrens aus schwerwiegenden Gründen durch das BKA zu bewegen. Das kann man machen, wenn man den Regelungen des BKA-Gesetzes folgt. Die entsprechende Vorschrift findet sich in § 4 Abs. 2 Nr. 2 des BKA-Gesetzes.

Zu diesem Zeitpunkt hatte im Übrigen die bayerische Polizei seit fast sechs Jahren, und zwar vom ersten Tag der ersten Tat an gerechnet, die Ermittlungen zu fünf Taten geführt, die sich im dortigen Zuständigkeitsbereich ereignet hatten. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit mit Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und dem BKA hatte sich bereits vor den letzten beiden Taten in Dortmund und in Kassel im April 2006 etabliert.

Am Rande der 180. Sitzung der Innenministerkonferenz – das war kein regulärer Tagesordnungspunkt der Innenministerkonferenz, mit dem sich die Innenminister entweder in der Konferenz oder im Kamin beschäftigt hätten – vom 04.05. und 05.05.2006 wurden einige Themenkomplexe besprochen, und zwar die Übernahme des Gesamtverfahrens durch das BKA und die Erhöhung der Auslobung unter anteiliger Beteiligung der Länder. Das wurde durch die Polizeiabteilungsleiter der betroffenen Länder sowie dem Präsi-

dentem des BKA erörtert. Für Hessen hat Herr Landespolizeipräsident a. D. Nedela an der Besprechung teilgenommen. Dort wurde im Übrigen zur Intensivierung und der besseren Koordination der nationalen und internationalen Ermittlungen die Einrichtung einer Steuerungs- und Koordinierungsgruppe mit Geschäftsstelle, mit einer Lage- und Informationsstelle usw. besprochen. Nach meiner Kenntnis ist der größte Anteil des Gesprächs über die Erhöhung der Auslobung erfolgt. Das war eigentlich der Schwerpunkt des Gesprächs. Es wurde darüber gesprochen, wie eine Aufteilung der Auslobung finanziell auf die Länder verteilt wird.

Wie wir heute wissen: Eine Anordnung zur Übernahme des Gesamtverfahrens durch das BKA wurde von dem Bundesinnenminister im Nachgang zu der 180. Sitzung der IMK nicht erlassen. Ich glaube, man kann das sagen: Bei dieser Sitzung ist im Übrigen auch der Präsident des BKA anwesend gewesen. Ich glaube, auch das muss man für den Hintergrund wissen. Das ist in der Tat eine Verfahrensweise gewesen, die der fachlichen Beratung des Landespolizeipräsidiums im Vorfeld der IMK entsprach, und zwar mit folgenden Argumenten. Es ist zum Ersten der Schwerpunkt der polizeilichen Befassung und damit größerer Erkenntnisstand mit fünf Fällen in Bayern gewesen. Es ist zum Zweiten die Nutzung der Datenverarbeitungssoftware zur Ermittlungs- und Auswerteunterstützung der Bayern durch alle Beteiligten gewesen. Die ist dann auch kurzfristig in Hessen aus Anlass der MK Café installiert worden. Das ist zum Dritten die bis dahin reibungslose Zusammenarbeit. Das ist zum Vierten die Kompatibilität zu den staatsanwaltschaftlichen Zuständigkeiten für die Ermittlungsführung der Tötungsdelikte mit einer Zuständigkeit für fünf Delikte bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg. – Das war die letzte Antwort auf die letzte Frage.

Abg. **Nancy Faeser:** Ich würde meine Wortmeldung zurückstellen, damit Herr Dr. Fünfsinn etwas zu dem Bericht der Kasseler Staatsanwaltschaft sagen kann. Ich glaube, das ist der einzig neue Aspekt an der Sache.

MinDirig **Dr. Fünfsinn:** Herr Vorsitzender, Frau Abgeordnete, es ist in der Tat so, dass die Staatsanwaltschaft Kassel bei der Übergabe der Akten an den Generalbundesanwalt berichtet hat. Über den Inhalt kann ich hier nichts sagen, weil auch dieser Bericht jetzt Teil der Akte des Generalbundesanwalts ist, und der Generalbundesanwalt die Datenhoheit hat.

Abg. **Nancy Faeser:** Herr Dr. Fünfsinn, Sie sagen, zu dem Inhalt können Sie nichts sagen. Ich würde aber gerne nachfragen, ob dieser Bericht der Kasseler Staatsanwaltschaft nur die Übergabe der Akten zum Inhalt hatte oder ob die Kasseler Staatsanwaltschaft ihr eigenes Verfahren noch einmal überarbeitet hat. Können Sie dazu etwas sagen? Denn es ist inhaltlich doch ein großer Unterschied, ob man sich das noch einmal selbst anschaut, was man damals gemacht hat und dazu noch einmal Stellung bezieht, oder ob man nur ein paar begleitende Worte schreibt.

MinDirig **Dr. Fünfsinn:** Teile des Berichts sind unter Frage 8 wiedergegeben. Das ist das, was der Generalbundesanwalt mit einem Haken versehen hat. Natürlich hat ein Bericht Inhalt. Aber noch einmal: Diesen Inhalt kann ich bis auf die Antwort zu Frage 8 hier nicht wiedergeben. Da müssten wir den Generalbundesanwalt fragen.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Ich möchte mich beim Innenminister dafür bedanken, dass er uns die Arbeit erleichtert und viele bekannte Sachen aus vielen verschiedenen Anfragen der GRÜNEN und der SPD in einem Bericht zusammengepackt hat. Es gilt der alte Satz: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. – Aber man muss sich auch das eine oder andere noch einmal präsent machen.

Ich sage hier aber noch einmal ganz deutlich, auch verärgert: Ich glaube, dass es zu dieser öffentlichen Verwirrung deswegen kommt, weil es ein Problem der Informationspolitik insgesamt gibt. Viele bekannte Zusammenhänge werden immer wieder neu berichtet. Jedes Mal nach einer Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages werden Dinge in die Öffentlichkeit getragen, die wieder neue Aspekte enthalten oder aber Teile von neuen Aspekten, die dann wieder grundständig diskutiert werden. Von daher bin ich dankbar, dass Sie das noch einmal vorgetragen haben und dass wir hier Klarheit bekommen haben.

Ich will aber auch sagen, dass uns dieser Gesamtkomplex dazu veranlassen muss – wir haben heute Morgen auch in einem anderen Zusammenhang noch einmal über diesen Punkt geredet –, dass sich für uns am Ende dieses Verfahrens – ich betone das noch einmal: am Ende dieses Verfahrens – die Frage stellt, welche Hausaufgaben in Hessen noch zu machen sind, was die Sicherheitsbehörden angeht, sowohl das Landesamt für Verfassungsschutz, aber auch hinsichtlich der Rückkopplung mit den parlamentarischen Gremien, auch mit der Parlamentarischen Kontrollkommission. Das sind Fragen, die durchaus relevant sind. Die müssen aber am Ende des Aufklärungsprozesses des Deutschen Bundestages stehen.

Es ist nun einmal jetzt so, dass die Hoheit, auch die Aktenhoheit, der Generalbundesanwalt hat. Ich muss sagen – der Innenminister hat es auch gesagt –: Ich habe ein großes Vertrauen in die Ermittlungen des Generalbundesanwalts und des Bundeskriminalamtes. Ich glaube, mittlerweile arbeiten 400 Beamte, die aus den Bundesländern zusammengezogen worden sind, unterstützt von den Bundesländern, daran, die Sachverhalte aufzuklären und die Informationen aus den verschiedenen Bereichen zusammenzutragen. Man wird schauen, was bei der Befragung des Deutschen Bundestages herauskommt.

Am Ende wird auch die Frage stehen, was wir in Hessen noch zu besorgen haben. Die Fragen sind hier zum Teil erneut beantwortet worden: die Frage der Informationspolitik, der rechten Gesinnung des Herrn T., die eigentlich bekannt war, über die aber nicht berichtet worden ist. Dass dort Waffen und Munition gefunden worden sind, darüber ist nicht berichtet worden. Die V-Leute-Führung war bekannt. Wir wussten das. Es ist hier mehrfach berichtet worden, dass Herr Andreas T. V-Mann-Führer war. Es bringt der Job mit sich, dass man, wenn man V-Mann-Führer ist, auch das eine oder andere Mal mit seinen V-Leuten telefoniert. Das erklärt sich daraus. Ich glaube, von daher wird uns dieser Zusammenhang noch eine Weile beschäftigen. – Aber ich danke dem Innenminister, dass er das noch einmal in kompakter Weise zusammengetragen hat.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Minister, zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen für die Antworten und auch für das Vortragen der Fragen bedanken. Die Fragen – das war der Anlass unseres Dringlichen Berichtsanspruchs – wurden in einen anderen Zusammenhang gestellt als die Fragen vom November. Insofern ist es sicherlich legitim, darauf zu verweisen. Aber die Zusammenhänge müssten dann auch noch einmal diskutiert werden. Das ist für uns und für mich der Anlass, im Übrigen auch vor dem Hintergrund, dass Ihr Vorgänger im Amt, Herr Innenminister Bouffier, seinerzeit in der Innenausschusssitzung am

17.07.2006 auf die damalige Diskussion unmittelbar nach der Mordtat die Zusage gegeben hatte, weitere Berichte im Innenausschuss vorzunehmen, sofern die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen seien. Denn wir haben Verständnis dafür, dass dann nur eingeschränkt Auskunft erteilt werden kann. Dies steht im Protokoll vom 17.07.2006. Auch vor diesem Hintergrund haben wir diesen Dringlichen Berichts Antrag eingebracht.

Wir sind der Meinung, dass wir als Parlament ein selbstständiges Interesse daran haben müssen, informiert zu werden, insbesondere dann, wenn es vom zuständigen Innenminister zugesagt wurde, auch von sich aus zu informieren, wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen sind. Sie haben selbst berichtet, dass die im Jahr 2007 abgeschlossen worden sind. Herr Desch, wenn Sie den Kopf schütteln, dann wäre es nett, wenn Sie dazu Stellung nehmen, wenn der Herr Minister das zulässt. Darum würde ich Sie ausdrücklich bitten.

(Minister Boris Rhein: Ich mache das selbst!)

Aber jetzt zum konkreten Sachverhalt und den Zusammenhängen. Denn es geht in der Tat nicht um die Beantwortung von Einzelfragen – die kann man schon auseinanderklüffeln –, sondern um die Zusammenhänge.

Jetzt frage ich ganz konkret: Ausweislich der Berichterstattung in der Wochenzeitschrift „Der Freitag“ hat es am 10.06.2006 ein Treffen des Herrn T. mit dem V-Mann GP 389 gegeben. Herr Minister, Sie haben in der Sitzung des Innenausschusses am 29.11.2011, nachzulesen auf der S. 13, zur Frage 13 aber erklärt, dass nach der Aktenlage der betroffene Beamte T. in der Zeit vom Herbst 2003 bis April 2006 – bis April 2006 – eine Quelle aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus geführt hat. Jetzt hätte ich gerne die Frage beantwortet: Wenn er diesen V-Mann bis April geführt hat, wie kommt es dann zu einem Treffen am 10.06.? – Das ist die erste Frage.

Zweite Frage. Sie haben damals in der Sitzung auch gesagt – das habe ich Ihren Ausführungen entnommen –, dass die Einstellung des Verfahrens nach § 170 Strafprozessordnung – Zitat – ein Freispruch erster Klasse wäre. – Jetzt sagt die Staatsanwaltschaft in Kassel: Es gibt immer noch Restzweifel. – Halten Sie Ihre Auffassung, dass das ein Freispruch erster Klasse wäre, nach wie vor aufrecht?

Meine dritte Frage bezieht sich auf die Vernehmung bzw. die verweigerten Vernehmungen der Polizeibehörden der beiden V-Leute. Das ist mir völlig unklar. Vielleicht können Sie uns sowohl abstrakt als auch konkret darlegen, wieso die unmittelbaren Vernehmungen von zwei V-Leuten des Landesamtes für Verfassungsschutz aufgrund konkreter Vernehmungsgesuche seitens der Staatsanwaltschaft und der Polizeibehörde – einer davon geführt von Herrn T.; das wissen wir jetzt – verweigert wurden. Denn eine unmittelbare Vernehmung ist etwas anderes als die Übersendung von Fragen an das Landesamt für Verfassungsschutz. Das halte ich für eine zentrale Frage: Wieso? Was ist die Besonderheit dieser V-Leute? Was ist die besondere Begründung, in diesem Fall, einem Mordermittlungsverfahren, die unmittelbare Vernehmung der V-Leute durch die Staatsanwaltschaft zu verweigern? In dem Zusammenhang wüsste ich auch gern, ob diese V-Leute nach wie vor als V-Leute für das Landesamt für Verfassungsschutz tätig sind.

Letzte Frage in dem Komplex. Ich habe bereits am 29.11. in der Innenausschusssitzung gefragt, wie die Praxis der regelmäßigen Überprüfung der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz hinsichtlich, wie Sie sagen, extremistischer Bestrebungen oder

Gedankengut ist. Die Frage steht auf S. 27 des Protokolls. Herr Desch hat damals geantwortet, allerdings sehr unkonkret, dass es da regelmäßige Überprüfungen gab, zu finden auf S. 28. Ich frage noch einmal konkret nach: In welcher Art und Weise und in welchem Zeitabstand werden solche Überprüfungen von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz vorgenommen?

Minister **Boris Rhein**: Ich habe noch gut den Dank von Herrn Abg. Frömmrich im Ohr, dass wir versucht haben, sehr viele Antworten aus der Vergangenheit zusammenzufassen. Ich will jetzt trotzdem der Versuchung widerstehen, alle Protokolle von Anbeginn unserer Zusammenkünfte an zusammenzufassen. Das müssten Sie schon selbst tun. Denn die Frage zu der Überprüfung von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz und anderen sind alle schon beantwortet worden.

(Abg. Hermann Schaus: Ich kann es Ihnen vorlesen, Herr Minister!)

– Sie haben es ja. Dann ist es gut. Dann sind Sie sehr gut organisiert.

Was die unmittelbare Vernehmung betrifft, verweise ich auf die Seiten 11 und 12 des Protokolls vom 29. November 2011. Das war die Frage 10 im Rahmen des Dringlichen Berichtsanspruchs der SPD.

Was die erste Frage betrifft, die Sie gestellt haben, bitte ich Sie, sie mir schriftlich reinzureichen. Dann können wir abklären, wie wir sie beantworten können.

Was die Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft betrifft, ist gar nicht ausschlaggebend, was meine Auffassung ist. In unserem Rechtsstaat ist es glücklicherweise so, dass eine Staatsanwaltschaft ermittelt und dass sie dann, wenn sie keine Anhaltspunkte hat, sagt, dass sie einstellt. Es gibt viele Möglichkeiten, einzustellen: gemäß §§ 123, 153, 153a, 154. Ich krame aus meiner Erinnerung der Studenten- und Referendardzeit. Es gibt garantiert noch viele andere Möglichkeiten. Herr Dr. Fünfsinn, ich hoffe, es war alles richtig, was ich aufgezählt habe. Möglicherweise hat sich der eine oder andere Paragraph in der Zwischenzeit verschoben. Das kann sein. Ich habe sie nicht mehr nachgelesen. – Sie haben sich also nicht verschoben.

Aber es gibt auch die Einstellung gemäß § 170 Abs. 2 StPO. Wie gesagt: Dann ist Ende. Dann kann man versuchen, eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder was auch immer hinzubekommen. Auch dafür gibt es klare rechtliche Vorschriften und Regelungen in unserem Rechtsstaat. Auch das ist gut so. Ich habe das nicht zu beurteilen und nicht zu klassifizieren und meine Auffassung dazu mitzuteilen. Wenn gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt ist, ist gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Dann ist Ende. Dann hat ein Mensch auch das Recht, nicht mehr als Beschuldigter bezeichnet zu werden.

Abg. **Nancy Faeser**: Ich will gar nicht mehr auf die Einzelheiten eingehen. Herr Innenminister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das meiste hier schon beantwortet ist und schon mehrfach erörtert worden ist, sowohl in nicht öffentlicher als auch in öffentlicher Sitzung des Innenausschusses. Ich würde dennoch gerne verfahrensleitende Fragen stellen.

Der Bundestagsuntersuchungsausschuss wird nächste Woche tagen und hessische Zeugen vernehmen. Es kann sein, dass sich daraus neue Fragen für uns ergeben. Ich möchte das ansprechen, weil der Bundestagsuntersuchungsausschuss die Frage der Beant-

wortung in einem laufenden Verfahren anders löst, als Sie das vorhin gelöst haben. Sie haben sich bei den laufenden Ermittlungen immer auf den Generalbundesanwalt zurückgezogen. Der Bundestagsuntersuchungsausschuss arbeitet anders. Die haben immer einen Vertreter des Generalbundesanwalts da, der nebendran sitzt und sehr viel zulässt. Ich sage das bewusst, und zwar deshalb so bewusst und stelle das heraus, weil ich meine, dass der Bundestagsuntersuchungsausschuss sehr vorbildlich arbeitet, weil er fraktionsübergreifend arbeitet. Ich finde, das ist dem Thema sehr angemessen. Ich will das ausdrücklich sagen, weil das Thema für die Bundesrepublik Deutschland so ernst ist, dass ich es hervorragend finde – ich glaube, dass das draußen auch sehr gut ankommt –, dass Politik es schafft, dort fraktionsübergreifend zu arbeiten. Es gibt dort also eine regelmäßige Abstimmung der Obleute.

Ich glaube, dass das Thema nicht geeignet ist für eine harte politische Auseinandersetzung. Deswegen spreche ich es hier an. Herr Innenminister, wenn sich weitere Fragen ergeben sollten, fände ich es schon gut, wenn Sie noch einmal prüfen, ob nicht dann, wenn es um diese Komplexe geht, die im Bundestagsuntersuchungsausschuss besprochen sind, auch ein Vertreter des Generalbundesanwalts für eine Sitzung hier zur Verfügung stehen kann. Ich spreche das an, weil sich für uns Fragen daraus ergeben. Herr Frömmrich hat es vorhin genannt. Die Frage ist: Wie geht man nach den Untersuchungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses in Hessen weiter vor? Was ist an weiteren Untersuchungen notwendig? Dafür ist es sicher sehr zielführend, wenn man sich schon im Vorfeld über manche Dinge verständigt und vielleicht möglichst offen auch über Dinge diskutieren kann.

Ich rege das ausdrücklich an, weil ich glaube, dass das Thema nicht für parteipolitische Scharmützel geeignet ist. Deswegen ist es eine Frage und Anregung zugleich, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir damit weiter umgehen.

Abg. **Alexander Bauer:** Frau Faeser, ich danke Ihnen für das Statement. Dem kann ich mich inhaltlich anschließen. Es ist wichtig, festzustellen, dass sich das ernsthafte Thema nicht für parteipolitische Scharmützel oder eine Profilierung auf irgendeine Art und Weise eignet. Alle, die guten Willens sind, haben heute zumindest festgestellt, dass der Innenminister auf die Fragen antwortet und ein Kompendium von bekannten Fakten und der Fragen der Vergangenheit zusammengestellt hat. Das macht noch einmal präsent, wie komplex die Gemengelage ist und welches Wollknäuel hier zu entwirren ist.

Ich will für meine Fraktion deutlich machen, dass wir derzeit nicht Herr des Verfahrens sind, sondern die Hoheit hat der Generalbundesanwalt. Wir vertrauen darauf, dass die rechtsstaatlichen Prozesse ordnungsgemäß ablaufen. Am Ende des Prozesses muss man sich bewusst sein, welche analytischen Verfahrensschritte wir in Hessen als Konsequenz daraus ableiten können. Einer Strukturanalyse am Ende des Prozesses wollen wir uns also nicht verschließen. Aber dazu muss erst einmal abgewartet werden, was am Ende alles auf dem Tisch liegt. Wir wollen nicht, dass weitere Spekulationen ins Kraut schießen und dass man, anstatt den Knoten zu entwirren und Klärung herbeizuführen, mit weiteren Spekulationen noch mehr Verwirrung stiftet. Das wollen wir nicht. Ich sehe eine Tendenz, dass nicht alle guten Willens sind, das Verfahren in dieser Art und Weise zu gestalten.

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen: Man sollte nicht mit dem Wissen von heute über frühere Sachverhalte spekulieren. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ein Wissenszuwachs stattfindet, wenn ein Verfahren noch einmal durchleuchtet wird und dass man gewisse Dinge in der Vergangenheit mit dem heutigen Sachverstand und dem heutigen Wissen anders beurteilt. Aber man muss deutlich festhalten, dass alles

das, was heute kritisiert wird, schon mehrfach hier angesprochen und klargezogen wurde. Die Staatsanwaltschaft in Kassel hat 2007 das Verfahren gegen Herrn T. eingestellt. Ich habe es mehrfach gehört, weil es der Minister mehrfach berichtet hat: Es gab keine weiteren Indizien oder Beweise. – Deshalb muss man es auch als Fakt anerkennen. Es macht die Sache nicht besser, wenn man das mit Spekulationen weiter anheizt.

Ich will am Ende festhalten, dass wir die Prozesse in Berlin abwarten und für Hessen anschließend unsere Schlüsse daraus ziehen.

Abg. Jürgen Frömmrich: Ich glaube, in der Frage sind wir uns einig. Ich habe das eben schon einmal gesagt: Am Ende eines Prozesses muss man entscheiden, welche Schlussfolgerungen sich aus den ganzen Untersuchungen ergeben. Wir sind in der Debatte, auch was den Gesetzentwurf der SPD die Parlamentarische Kontrollkommission betreffend angeht. Das heißt, da gibt es schon eine Sache, die ins Wasser geworfen worden ist.

Ich sage in Richtung des Innenministers ausdrücklich: Es wird auch in dieser Frage durchaus unterschiedliche Auffassungen und Streitpunkte geben. Ich finde, die kann man auch austragen. Ich habe das in anderen Zusammenhängen gesagt: Es ist natürlich ärgerlich – ich sage das hier auch noch einmal –, wenn man als Mitglied des Innenausschusses oder der Geheimschutzgremien auf Veranstaltungen sitzt und von Leuten gefragt wird, was hier und dort gemacht wird und wie die Ermittlungen laufen und man sagt, man weiß selbst nur das, was heute Morgen in der Zeitung gestanden hat. Das ist in höchstem Maße ärgerlich. Ich sage das sowohl in die eine als auch in die andere Richtung. Wir wissen: Immer dann, wenn der Bundestagsuntersuchungsausschuss getagt hat, unterhalten wir uns wieder über Dinge, die zumindest so im Kontext nicht bekannt waren und die dann öffentlich sind. Es gibt dann Berichte im „Spiegel“ zu Themen, zu denen andere zwei Wochen vorher darauf hingewiesen werden, dass das alles streng geheim und streng vertraulich ist. Aber eine Woche später ist es im „Spiegel“ nachzulesen. Als Mitglied des Innenausschusses und von Geheimschutzgremien wird man gefragt, was wir eigentlich machen, ob wir zu blöd seien. Die Frage ist berechtigt. Das sage ich hier ganz deutlich. Ich glaube, über diese Dinge muss man sich am Ende dieses Verfahrens unterhalten. Ich glaube, man muss einen Blick darauf haben, wie man parlamentarische Kontrolle einerseits und die Kommunikation über solche Zusammenhänge andererseits verbessert.

Ich glaube aber auch, dass wir gut beraten sind, wenn wir bei allem Streit und aller Auseinandersetzung in der Sache hier fraktionsübergreifend den Schulterschluss suchen und versuchen, bei diesen schlimmen Taten auch angesichts unserer Vergangenheit möglichst große Einigkeit herzustellen, was die Aufklärung dieser Tatzusammenhänge angeht. Ich glaube nicht, dass sich dieser Zusammenhang für parteipolitische Instrumentalisierung anbietet. Das halte ich nicht für gut. Das sage ich jetzt auch einmal für mich ganz deutlich: Es macht keinen Sinn, das presseöffentlich mit viel Vor- und Nachbereitung groß aufzuziehen, wenn man bei Veranstaltungen mit den Leuten vor Ort – nämlich 100 m vom Tatort entfernt, wo die Menschen nachfragen, wie das eigentlich gewesen ist, wo die Leute bekannt sind und angekündigt war, dass der Vater des Mordopfers anwesend ist – als innenpolitischer Sprecher durch Abwesenheit glänzt. Das finde ich dann auch nicht angemessen. Das will ich auch ganz deutlich in eine Richtung sagen.

Abg. **Hermann Schaus:** Da es ein Wortprotokoll gibt, will ich zunächst zu diesem unverschämten Angriff des Herrn Frömmrich etwas sagen. Es trifft zu, dass wir vereinbart hatten, vor Ort bei der Veranstaltung in Kassel gemeinsam aufzutreten. Zu diesem Zeitpunkt war mir noch nicht bekannt, dass meine Tochter exakt an diesem Tag nach ihrer Prüfung ihre Abschlussfeier hat. Deswegen habe ich meine Kollegin gebeten, kurzfristig – der Termin kam auch kurzfristig – in Kassel teilzunehmen. Ich hoffe, Sie sind in der Lage, sich zumindest bei mir für diesen unverschämten Angriff zu entschuldigen. Wenn Sie nicht dazu in der Lage sind, werde ich meine Schlüsse daraus ziehen.

Herr Minister, ansonsten möchte ich noch einmal zu Ihnen kommen. Mir ist aufgefallen, dass Sie von den vier Fragen zwei gar nicht beantwortet haben. Ich möchte von Ihnen zumindest wissen, nicht so nebenbei, warum bzw. ob Sie bereit sind, diese zu beantworten. Ich frage noch einmal. Es sind insgesamt drei Fragen.

Erstens. Warum wurde dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft Kassel nach Vernehmung der beiden V-Leute nicht stattgegeben, sondern die Vernehmung mit vorgefertigten Fragen durch das Landesamt für Verfassungsschutz vorgenommen? Ist das üblich? Ist das eine Ausnahme? Was ist die Begründung für dieses aus meiner Sicht ungewöhnliche Vorgehen?

Ich komme zu der zweiten Frage, die Sie nicht beantwortet haben und die meiner Ansicht nach auch von Bedeutung ist. Ich habe es schon einmal vorgetragen: Sie haben im Ausschuss am 29.11. detailliert informiert und berichtet, dass der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz bis April 2006, also in dem Mordmonat, auch einen V-Mann aus der rechtsextremen Szene geführt hat, immerhin jemand, bei dem sich jetzt herausstellt – das ist die neue Erkenntnis –, dass er, zumindest nach der Ermittlung der Staatsanwaltschaft, wie es im „Der Freitag“ berichtet wird, zur „Blood & Honour“-Szene gehört – das ist kein Pappenstiel – und als V-Mann für das Landesamt tätig ist.

Herr Minister, ich möchte von Ihnen wissen: Wie kommt es dann dazu, dass es, nach der Information aus der Zeitschrift „Der Freitag“, am 10.06., also eineinhalb Monate später, ein Treffen des ehemaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz mit dem V-Mann aus der „Blood & Honour“-Szene gegeben hat? Das halte ich für sehr ungewöhnlich. – Das war die zweite Frage.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine dritte Frage nachschieben. Die bezieht sich auf die Zusammenarbeit mit dem Bundestagsuntersuchungsausschuss. Sie haben dargestellt, dass Akten am 26. April und am 31. Mai vorgelegt worden sind. Meines Wissens liegen alle Akten, die aus Hessen kommen, dem Generalbundesanwalt vor, aber erst eine Akte – ich frage nach, ob das zutrifft – dem Untersuchungsausschuss, obwohl der in der nächsten Woche tagt. Die Bitte nach Aktenübergabe des Bundestagsuntersuchungsausschusses ist aber vom März. Die Frage ist: Wieso dauert das so lange? Wieso ist das unvollständig, obwohl Sie doch genau verifizieren können, dass die Akten an den Generalbundesanwalt gegangen sind?

Lassen Sie mich das in dem Zusammenhang noch einmal sagen, um deutlich zu machen, was unsere Aufgabe im Innenausschuss ist und wie ich sie verstehe. Es geht hier – das ist die Intention unseres Dringlichen Berichtsantrages – um die Überprüfung des Verhaltens hessischer Behörden in diesem Zusammenhang, die Ihnen unterstellt sind, Herr Minister. Das ist sehr wohl legitim und auch rechtmäßig. Es ist im Übrigen auch aufgrund der Sachlage aus meiner Sicht angemessen, diese Fragen in einen neuen Zusammenhang zu stellen. Es ist geradezu unsere Aufgabe als Innenausschuss und als Innenpoliti-

ker, das zu tun. Deshalb bitte ich Sie herzlich, zu diesen drei Fragen auch Antworten zu geben.

Minister **Boris Rhein**: Die Frage nach der unmittelbaren Vernehmung habe ich Ihnen beantwortet. Sie können das sogar auf den Seiten 11 und 12 des Protokolls vom 29. November nachlesen.

Ich bitte Sie, mir die Frage zu diesem Treffen zu schreiben.

Das letzte war die Frage mit der Aktenvorlage. Mit der Art und Weise Ihrer Fragestellung haben Sie konstruiert, wir würden Akten nicht an den Bundestag übersenden. Das weise ich noch einmal weit von mir. Ich habe dazu umfangreich in dem von Ihnen gestellten Dringlichen Berichtsantrag am heutigen Tage geantwortet. Vielleicht lese ich die Antwort noch einmal vor. Vielleicht erleichtert das das Verfahren:

Dem vom Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages gewünschten Verfahren der Aktenvorlage über die jeweiligen Staats- und Senatskanzleien entsprechend wurden die Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz zu den es betreffenden Beweisbeschlüssen Hessen 1 und 3 über die Hessische Staatskanzlei bereits unter dem 26. April 2012 sowie dem 31. Mai 2012 vorgelegt. Zu dem am 31. Mai 2012 über die Hessische Staatskanzlei übermittelten Beweisbeschluss Hessen 4 dauert die Sichtung der Akten derzeit noch an. Aber auch hier wird die Vorlage der Akten so rasch wie möglich erfolgen. – Ende.

Herr Vorsitzender, lassen Sie mich noch einen Satz zu dem sagen, was Frau Faeser und Herr Frömmrich gesagt haben. Uns geht es im Anschluss an Bundestagsuntersuchungsausschusstage im Übrigen nicht anders. Dann sind wieder irgendwelche Meldungen in der Öffentlichkeit, und wir müssen genauso wie Sie nachprüfen: Was ist da dran? Wie verhalten sich die Dinge? – Dann kommen Zeitungen wie „Der Freitag“ und schreiben Artikel dazu. Das ist auch für uns nicht einfach. Aber das ist genauso, wie Sie es gesagt haben: Es ist das Schicksal dieser Art des Verfahrens. – Ich halte das Verfahren für schwierig. Aber das können wir vielleicht einmal untereinander besprechen. Das ist ein ganz anderes Thema.

Zu dem, was Frau Faeser vorgeschlagen hat. Der Ausschuss müsste für sich klären, ob Sie das Verfahren mit einem Mitarbeiter des Generalbundesanwaltes möchten. Das kann ich nicht aktiv von mir aus machen. Wir würden anbieten, wie wir das in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium hinbekommen. Ich glaube aber, dass man auch den Generalbundesanwalt ab einem bestimmten Zeitpunkt überfordert. Ich glaube auch, dass es ein gradueller Unterschied ist, ob ein regulärer Innenausschuss oder ein Bundestagsuntersuchungsausschuss tagt. Aber ich bitte um Verständnis: Dazu müssen Sie sich als Ausschuss entsprechend verhalten.

Herr Vorsitzender, einen allerletzten Wunsch habe ich noch. Sonst vergesse ich es noch. Im Anschluss an die Innenausschusssitzung würde ich gern noch etwas mit den Obleuten besprechen.

Vorsitzender: Über die Frage mit dem Generalbundesanwalt sollten sich die Obleute kurzschließen. Das wäre eine gute Sache.

Abg. **Günter Rudolph:** Um mit dem letzten zu beginnen: Das sollten wir offiziell über den Ausschuss machen. Denn die Behauptung: „Man kann gar nichts sagen, laufendes Verfahren“, die trifft auf Herrn Jörg T. nicht zu. Gegen den wird überhaupt nicht ermittelt. Dazu kann man alles sagen. Wenn das anders ist, hätte ich das gern vonseiten der Generalbundesanwaltschaft offiziell im Ausschuss vorgetragen.

Ich würde deshalb den Vorsitzenden bitten, dass wir einen Vertreter der Generalbundesanwaltschaft offiziell zu einer Sitzung einladen. Dann kann man das Verfahren besprechen. Wenn Sie wollen, dass wir deswegen einen Untersuchungsausschuss einsetzen, okay, dann muss man darüber nachdenken. Aber vielleicht lässt es sich vermeiden.

Zweitens. Unterschied zu Berlin. Herr Kollege Bellino, das geht an Ihre Adresse. In Berlin war es möglich, dass der Bundestag eine gemeinsame Erklärung zu den Mordtaten verabschiedet hat. Das ist in Hessen nicht möglich. Das ist vielleicht auch ein Unterschied.

Drittens. Offensichtlich arbeitet man nach unseren Erkenntnissen in Berlin im Rahmen des Untersuchungsausschusses etwas anders. Daraus kann man möglicherweise etwas lernen. Die haben z. B. auch ein Untersuchungsausschussgesetz. Die Hinweise, die wir haben, besagen, dass das für ein Verfahren insgesamt nicht ganz falsch wäre. Daher sollte man das gemeinsam aufgreifen. Ich sage einmal so: Daran müssen wir gemeinsam ein Interesse haben. Das kann uns in unterschiedlichen Funktionen betreffen.

Dass immer neue Fragen auftauchen, ist völlig klar. Gestellte Fragen kann man jederzeit 15-mal wiederholen. Der eine hat den Vorteil, der stellt die Fragen. Dann gibt es jemanden, der antwortet. Der bestimmt auch die Antworten. Das kann man so und so machen, jeder, wie er das für richtig hält. Ob das zielführend ist, muss jeder selbst entscheiden.

Ich will noch einmal sagen, dass Änderungsbedarf besteht. Ich war auch ein paar Jahre Vorsitzender der Kontrollkommission. Als die Mordtaten und die Zusammenhänge klar wurden, habe ich mir als der einzig Überlebende aus dieser Truppe überlegt: Was haben wir eigentlich besprochen? – Ein Hinweis: Wir führen in dieser Kommission keine Protokolle. Doch, es gibt ein Protokoll: Die Sitzung wurde eröffnet. Es waren anwesend ... Die Sitzung wurde geschlossen. – Nach einigen Jahren kann man nicht mehr rückkoppeln, was passiert ist. Wir leben aus der Erinnerung. Das ist nicht ganz einfach. Deswegen muss man beispielsweise über die Kontrollrechte des Parlaments in der Kommission reden. Manchmal erinnert man sich nach ein paar Jahren nicht mehr. Wenn man es aber im Protokoll nachliest, sagt man: Okay, jetzt ist alles klar. – Das haben wir alles gar nicht. Das ist ein typischer Fall, wo Änderungsbedarf besteht, und zwar im Interesse aller, auch um Dinge im Nachhinein zu rekonstruieren. Ich weiß nicht mehr, was vor fünf Jahren en détail besprochen wurde. Ich weiß nur: Da gab es irgendwelche Sitzungen. – Wenn man es ernst meint, muss man irgendwann die Konsequenzen ziehen.

Aber hier geht es um einen hessischen Sachverhalt. Die Zuständigkeit hierfür liegt in Hessen. Man muss wissen: Die Berliner werden noch eine ganze Zeit lang tagen. Deswegen müssen wir entscheiden, wie wir mit den hessischen Tatbeständen umgehen. Das Problem, das wir haben – deswegen müssen wir es mit dem Generalbundesanwalt klären –, ist, dass uns der Hinweis, dass alles bei denen liegt, lähmt. Andere Landtage haben das gleiche Problem bzw. sind einen Schritt weiter. Die Bayern wollen einen Untersuchungsausschuss einrichten. Es gibt einen in Thüringen. Es gibt einen in Sachsen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die gar nichts machen und nicht tagen können. Ich glaube, des-

wegen macht es Sinn, verfahrensleitend den Generalbundesanwalt einmal hierherzubitten.

Vorsitzender: Ich nehme den Vorschlag auf, dass wir uns nach der Sommerpause bemühen, das hinzubekommen.

Abg. **Holger Bellino:** Ich fand es gut, dass gerade die demokratischen Parteien mehrfach gesagt haben, dass man zum einen versucht, hier möglichst Licht ins Dunkel zu bekommen, dass man akzeptiert, dass es dort verfahrensrechtliche Grenzen gibt. Ich persönlich habe gespürt, dass der Innenminister alles gesagt hat, was vertretbar ist. Teilweise hat er darum gerungen, wie weit er gehen kann. Deshalb finde ich es auch in Ordnung, wenn wir prüfen, wie wir mit dem Generalbundesanwalt umgehen.

Ich verstehe aber nicht, warum der Kollege Rudolph zum einen hier eine gewisse Schärfe hineinbringt und zum Zweiten Dinge miteinander vermischt. Der Kollege Rudolph weist auf Berlin hin. Ich verkneife mir, jetzt auf Bayern hinzuweisen, wo sich die Opposition aus einem gemeinsamen Vorgehen verabschiedet hat. Das ist sehr bedauerlich. Es bringt uns in Hessen nicht weiter, weder der Verweis auf Berlin noch der Verweis auf Bayern oder die entsprechenden Oppositionsverhaltensweisen.

Ich möchte in dem Zusammenhang aber auch sehr deutlich sagen – deswegen sagte ich: „vermischen“ –: Alle Parteien – die LINKEN kann man ausnehmen; denn wenn die über Verfassungsschutz und über Gesetze nachdenken, ist das obskur –, alle demokratischen Parteien sind sehr seriös unterwegs, sich zu überlegen, wie wir mit dem Verfassungsschutz und den rechtlichen Grundlagen umgehen. Es ist in der Tat auch in der Diskussion, wie man das mit der Protokollierung macht. Dann muss aber auch geprüft werden: Wer bekommt die Protokolle? Wie werden die aufbewahrt? Wie ausführlich sind die? Denn es führt nicht unbedingt zu einer Effizienzsteigerung unserer Sicherheitsarchitektur, wenn man den Verfassungsschutz zu transparent macht.

Aber das läuft doch alles. Darüber werden wir uns nach der Sommerpause hoffentlich auch vernünftig unterhalten. Die demokratischen Parteien werden nicht 100-prozentig übereinstimmen. Aber vielleicht gibt es gewisse Dinge, wo wir sagen: Hier sehen wir alle Möglichkeiten, das Ganze noch effizienter zu gestalten. – Das Angebot steht. Ich weiß nicht, ob wir uns einig werden. Aber wir werden uns damit ganz intensiv auseinandersetzen. Deshalb passt das jetzt hier überhaupt nicht hin.

Zweitens. Wir sollten sehr wohl darüber nachdenken, was wir daraus lernen können und was man optimieren kann, wenn das Thema in Berlin abgeschlossen ist. Ich habe niemanden gehört, der dazu eine andere Meinung vertreten hat. Deshalb sollten wir mit diesem Konsens auseinandergehen.

Vorsitzender: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

INA/18/76 – 20.06.2012

Der Dringliche Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts im Innenausschuss in öffentlicher Sitzung als erledigt.

(Schluss des öffentlichen Teils: 11:30 Uhr – es folgt der nicht öffentliche Teil)